K-2 Dringlichkeitsantrag: Schluss mit Krise - Holen wir uns die Zukunft zurück!

Antragsteller*in: Sarah Linker (KV Wiesbaden); Elina Schumacher (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Titus Dharmababu (KV Frankfurt am Main); Lian Belgardt (LV Hamburg); Finn Schlicker (KV Saarpfalz); Joel Redant (KV Frankfurt am Main); Tamara Stoll (KV Stuttgart); Tim Bühler (KV Stuttgart); Leonie Wingerath (LV Berlin); Marie Graser (LV Berlin); Luisa Böldt (LV Berlin); Franziska Pletl (KV Regensburg); Hannah Wellm (LV Bremen); Markus Pesch (KV Magdeburg) Ocean Renner (KV Nordfriesland); Moritz Frings (KV Limburg-Weilburg)

Tagesordnungspunkt: K Aktuelle politische Lage: Schluss mit Krise - holen wir uns die Zukunft zurück!

Antragstext

Wir haben einst geglaubt, die Zukunft würde uns gehören. Vor der Bundestagswahl 2021 herrschte in vielen Teilen der Gesellschaft Aufbruchstimmung und die Hoffnung, dass sich jetzt Dinge grundlegend ändern und langjährige politische Herausforderungen angegangen werden. Heute, etwa drei Jahre später und mit der nächsten Bundestagswahl vor Augen, befinden wir uns in einer gänzlich anderen Situation. Die Euphorie ist verflogen, stattdessen ist ein Rechtsruck in Politik und Gesellschaft allgegenwärtig. Bei den Landtagswahlen in den letzten Wochen war die rechtsextreme AfD teilweise die stärkste Kraft. Rechtsextreme Fantasien werden öffentlich ausgelebt und gefeiert, sodass sie scheinbar zur Normalität werden. Viele demokratische Parteien, darunter auch Bündnis 90/Die Grünen, lassen sich von dieser Stimmung treiben. Gleichzeitig wird das linke Lager immer machtloser und im politischen Diskurs unsichtbarer. Doch das ist für uns als GRÜNE JUGEND kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir arbeiten weiter am linken Machtaufbau. Denn wie gefährlich die Übernahme menschenfeindlicher Narrative und der fortschreitende Rechtsruck in der Gesellschaft ist, sehen wir unter anderem an häufigen Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte. Unsere Handlungen sind solidarisch mit den Opfern und unsere Politik zeigt linke Antworten auf.

Keinen Millimeter nach Rechts

Diese Antworten braucht es auch, wenn mal wieder über Obergrenzen und Massenabschiebungen gesprochen wird. Deutschland und Europa müssen dafür sorgen, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sichere Fluchtrouten nutzen können und ein sicheres Zuhause bei uns finden. Wir stehen unausweichlich für

das Menschenrecht auf Asyl und werden nicht erst laut, wenn Abschiebungen Bargeld in die Hände der Taliban bringen. Viele aktuelle Forderungen und Entscheidungen in der Migrationspolitik, wie die Zurückweisung von Menschen an den EU-Außengrenzen, wären vor wenigen Jahren für demokratische Kräfte nicht denkbar gewesen, werden aber heute trotzdem von eben jenen Kräften durchgesetzt.

Zudem erleben wir gegenwärtig, wie der gesellschaftliche Status von marginalisierten Gruppen, wie Geflüchteten, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten, queeren Menschen oder Frauen, erneut in Frage gestellt wird und sie wieder häufiger von Diskrimmierung und Gewalt betroffen sind. Als GRÜNE JUGEND setzen wir uns für die Emanzipation dieser gesellschaftlichen Gruppen und die Überwindung jedweder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein.

Alle spüren die soziale Kälte!

Doch woher kommt die Hoffnungslosigkeit und die fehlende Solidarität in der Gesellschaft? Unsere Gesellschaft ist aktuell extrem ungerecht. Deutschland ist nach wie vor ein reiches Land, aber Einkommen, Vermögen und Wohlstand sind ungleich verteilt. Die öffentliche Infrastruktur, auf die alle Menschen angewiesen sind, wird zu oft vernachlässigt. Inflation, aber auch die Profitgier der Wohnkonzerne, führen dazu, dass nicht nur die Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, kaum von ihrem Einkommen leben können. Sozialleistungen, wie das Bürgergeld, sind immer noch viel zu niedrig und auf die Kindergrundsicherung warten wir bis heute. Gleichzeitig fordern rechte Populist*innen immer vehementer die umfangreiche Kürzung von Sozialleistungen.

Viele Menschen in Deutschland haben Angst vorm finanziellen Abstieg, Angst vor der Zukunft aber auch Angst vor öffentlichen Räumen, weil sie dort Diskriminierung erfahren. Um die Demokratie zu retten und Menschen Sicherheit zu bieten, braucht es soziale Sicherung. Wir wollen den Menschen die Ängste nehmen, indem sie wirtschaftlich und sozial abgesichert werden. Aktuelle Leidtragende dieser ungerechten Verhältnisse und der daraus entstehenden Konkurrenz in der Gesellschaft sind besonders häufig marginalisierte Gruppen.

Nehmt endlich unsere Krisen ernst!

Fast überall auf der Welt können wir vielfältige Krisen beobachten. Menschenrechte werden in kriegerischen Konflikten verletzt und Gewinnabsichten verschärfen globale Ungerechtigkeiten und Missstände.

Viele Menschen fragen sich, wofür sich eine demokratische Wahl lohnt, wenn Politik dann doch nicht in ihrem Sinne handelt. Das Leben vieler Menschen wird immer noch beeinträchtigt durch die Folgen der Pandemie und durch die Preisanstiege in den letzten beiden Jahren. Doch anstatt ihre Bedürfnisse in den Fokus der Politik zu rücken, wird zu wenig in Infrastruktur vor Ort und soziale Sicherung investiert. Der Ampel-Regierung ist es nicht gelungen, diese Probleme

wirksam zu bekämpfen. Die Grüne Partei ist in dieser Regierung sehr weit von ihren Grundwerten abgerückt und hat schlechte Kompromisse mitgetragen. Sie konnte die Hoffnungen vieler Menschen so nicht erfüllen, sondern hat an Glaubwürdigkeit verloren. Schlimmstenfalls führen diese Dynamiken dazu, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie abwenden. Wenn man politische Mehrheiten für linke Ideen organisieren will, muss man diese Menschen ansprechen, ihnen zuhören und gemeinsam mit ihnen Politik machen.

Es ist höchste Zeit für deutlich mehr soziale Gerechtigkeit!

Für uns ist klar: Eine echte soziale Politik lässt sich nur realisieren, wenn endlich im großen Stil umverteilt und in unsere soziale Infrastruktur investiert wird. Es ist deshalb Zeit, die Steuerpolitik auf links zu drehen. Außerdem kann sich weder unsere Demokratie noch unser Sozialstaat weitere Kürzungs- und Sanktionierungsbestrebungen leisten! Dabei heißt soziale Politik für uns auch, für die Rechte von Arbeitnehmer*innen einzustehen, für höhere Löhne zu kämpfen und solidarisch mit allen Streikenden zu sein.

Gute Lebensbedingungen für alle Menschen dürfen nicht länger einem ungerechtfertigten Sparkurs mit Schuldenbremse zum Opfer fallen. Es braucht mehr denn je umfangreiche Investitionen in unsere öffentliche und soziale Infrastruktur, die allen zugutekommen.

System Change, not Climate Change

Die Klimakrise steht kaum noch im Fokus der Politik, obwohl Ereignisse wie Flutkatastrophen immer wieder deutlich machen, dass sie eine der größten Krisen unserer Zeit ist. Wir sind ein sozial-ökologischer Verband und stehen geschlossen hinter den Zielen des Pariser Klimaabkommens und kämpfen - egal, ob beim Braunkohleabbau in der Lausitz oder bei Gasbohrungen vor Borkum - für die Einhaltung des 1,5-Grad-Limits. Jedes Kohle- oder Gaskraftwerk, das in Deutschland ans Netz geht, ist eines zu viel. Es braucht keine Politik von gestern a la Friedrich Merz. Wir fordern stattdessen eine Klimapolitik, die die fossilen Unternehmen und Superreichen mehrheitlich belastet, die für den Klimawandel in großem Stil verantwortlich sind.

Holen wir uns die Zukunft zurück!

Uns ist klar: Für einen politischen Umbruch brauchen wir eine organisierte Zivilgesellschaft. Interessenverbände, Vereine, Gewerkschaften, politische Bewegungen, die zusammen auf den Straßen Druck auf die Parlamente ausüben. Mit Organizing holen wir Menschen dort ab, wo sie sind. Indem wir Teil der organisierten Zivilgesellschaft sind, kann die GRÜNE JUGEND eine treibende Kraft für das Werben für linke Mehrheiten sein. Das gelingt, indem wir die Menschen vor Ort erreichen. Gemeinsam mit ihnen kämpfen wir sowohl in den Parlamenten, als auch auf den Straßen, in den Parks und Wohnblocks für echte Veränderungen.

Hierfür ist Bildungsarbeit ein wichtiger Grundpfeiler. So sind Workshops, Bildungswochenenden, Vernetzungstreffen oder große Veranstaltungen, wie der

Frühjahrskongress oder die Sommerakademie, unsere Werkzeuge, um Bewusstsein, Engagement und Fachwissen für politische Prozesse zu schaffen. Dabei ist es uns wichtig, dass alle Personen von dieser Bildungsarbeit profitieren. Sie muss barrierearm gestaltet werden. Gleichzeitig sollen von dieser Arbeit sowohl Neumitglieder als auch langjährige Mitglieder profitieren. Durch die Bildungsarbeit werden wir in die Lage versetzt linke Ideen in politische Praxis umzusetzen.

Die bevorstehende Bundestagswahl ist für uns von entscheidender Bedeutung. Sie bietet eine Chance, die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt zu rücken und dabei die Interessen der Vielen vor die Profite der Wenigen zu stellen. Gemeinsam können wir mit unseren Ideen einen Kurswechsel bewirken, der auf Solidarität und Gerechtigkeit basiert.

Gerade jetzt, wenn progressive Parteien unter dem Druck und den Erfolgen von Rechtsaußen zu zerbrechen drohen, braucht es unseren Widerstand. Deshalb muss es Teil unserer Aufgabe sein, gemeinsam mit den linken Stimmen in der Partei für unsere Grundwerte zu kämpfen und einen Richtungswechsel zu erreichen. Denn der Weg, den BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in der Ampel eingeschlagen hat, ist keiner, der zu den Werten der GRÜNEN JUGEND passt. Soziale Gerechtigkeit begreifen wir dabei nicht nur als Mittel zum Zweck. Die Herstellung umfassender sozialer Gerechtigkeit in einer solidarischen Gesellschaft ist wesentliches Ziel unseres politischen Wirkens.

Als GRÜNE JUGEND sind wir nicht nur ein Anhängsel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir sind ein eigenständiger Jugendverband. Wir sind laut, wir sind links und wir sind entschlossen. Wir wissen, für was wir kämpfen, und wir glauben an echte Veränderung.

Wir sind uns sicher: Die GRÜNE JUGEND bleibt der Ort für junge Menschen um linke Politik in die Gesellschaft und in die Parlamente zu tragen.
Schluss mit den Krisen. Eine bessere Welt ist möglich.

Lasst uns unsere Zukunft gemeinsam zurückholen!

Begründung

Dieser Antrag wird der Mitgliederversammlung als Leitantrag für den 58. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND 2024 vorgeschlagen. Üblicherweise wird der Leitantrag vom Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND eingebracht. Aufgrund des Rücktritts des aktuellen Bundesvorstandes ist dies beim jetzigen Bundeskongress jedoch keine Option. Deshalb wurde dieser Leitantrag von den Mitgliedern des Koordinierungskreis der #wirbleiben-Kampagne verfasst und wird von diesen auch beantragt. Hierbei hat sich der Koordinierungskreis darum bemüht, dass sich in den Antragstellern die GRÜNE JUGEND in ihrer Gesamtheit und Vielfältigkeit widerspiegelt. Darunter sind auch Landesvorstandsmitglieder aus den verschiedenen Landesverbänden.

Begründung der Dringlichkeit: Wegen der Entscheidung des alten Bundesvorstandes, geschlossen nicht wieder anzutreten, war erst sehr kurz vor dem Antragsschluss klar, dass die Versammlung nicht auf Grundlage eines Antrags des Vorstands einen Leitantrag beschließen kann. Im Zuge dessen hat es Zeit in Anspruch genommen, damit sich Mitglieder aus den verschiedenen Landesverbänden und Landesvorständen austauschen konnten, um den vorliegenden Leitantrag zu verfassen. Da ein Leitantrag für die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND eine wichtige Rolle spielt, bitten wir die Versammlung, den Antrag als Dringlichkeitsantrag zu behandeln.